

Ausschuss für Stadtentwicklung	11.07.2018
<u>öffentlich</u>	Vorlage Nr. 414/2018-7
	Stand 04.06.2018

Betreff Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.05.2018 betr. Kommunalgespräche Bezirksregierung Köln betr. Regional-und Flächennutzungspläne

Sachverhalt

Die große Anfrage der FDP-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Welche Ergebnisse haben die Kommunalgespräche zwischen der Stadt Bornheim und den Vertretern der Bezirksregierung im Hinblick auf die derzeit ausgewiesenen Flächen im bestehenden Regionalplan

- a) für den Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB)?
- b) für den gewerblichen und industriellen Bereich (GIB)?

Antwort: Es hat bislang ein Kommunalgespräch stattgefunden. Ziel war ein Informations- und Meinungsaustausch auf der Grundlage eines kommunalen Datenblattes der Bezirksregierung (siehe Anlage). Ergebnisse im Hinblick auf die weitere Ausweisung regionalplanerischer Bauflächen wurden weder erwartet noch erzielt.

Frage 2: Welche Entwicklungsflächen hat die Stadt Bornheim bei diesen Gesprächen im Hinblick auf die Aufstellung des neuen Regionalplans angemeldet

- a) für ASB – Flächen?
- b) für GIB – Flächen?
- c) für Sonderflächen?

Antwort: Bisher noch keine; es wird eine Gremienvorlage vorbereitet, die Empfehlungen zur Änderung der regionalplanerischen Bauflächen bzw. allgemein zu den regionalplanerischen Festsetzungen zum Gegenstand hat.

Frage 3: Wie bewertet die Regionalplanungsbehörde die Realisierung dieser Flächen?

Antwort: Die Bezirksregierung Köln geht derzeit davon aus, dass Bornheim mehr Reserveflächen im bestehenden Flächennutzungsplan hat, als regionalplanerisch für den eigenen Entwicklungsbedarf erforderlich scheint (s. Vorlagen 096 + 097/2018-7).

Frage 4: Welche Flächen nach ASB und GIB sollen

- a) bei den im Regionalplan ausgewiesenen Flächen
- b) bei Flächen aus dem FNP der Stadt aufgegeben werden?

Antwort:

4 a) Bisher keine.

4 b) gemäß Beschlusslage der städtischen Gremien soll die mögliche Wohnbaufläche im ehemaligen Planbereich des Wb 07 in Walberberg nicht mehr realisiert und aus dem FNP heraus genommen werden (Ratsbeschluss vom 08.09.2016, Vorlage 605/2016-7).

Anlagen zum Sachverhalt

Anfrage